

Die letzte Tabelle macht deutlich, wie unterschiedlich stark der Einfluß von Unternehmen mit Auslandskapital auf den Außenhandel in den einzelnen Regionen ist. Erstaunlich niedrig ist der Anteil der Auslandsunternehmen in Beijing. Allerdings muß berücksichtigt werden, daß es sich bei den Daten erst um Ergebnisse der ersten fünf Monate 1995 handelt. -schü-

*(20)

Höhere Auslandsverschuldung

Bis Ende 1994 stieg die Auslandsverschuldung Chinas um 11% auf 92,8 Mrd. US\$. Die Schuldendienstquote (Relation zwischen Zins und Tilgung zu den Exporten) belief sich nach chinesischen Angaben auf 9,12%. Im internationalen Vergleich ist dies relativ gut, da die Sicherheitsgrenze bei 20% liegt.

Wie sich die Bruttoauslandsverschuldung seit 1987 entwickelt hat, wird aus der folgenden Tabelle deutlich:

Auslandsverschuldung

Jahr	Mrd. US\$
1987	30,2
1988	40,0
1989	40,8
1990	52,5
1991	60,6
1992	69,1
1993	83,6
1994	92,8

Quelle:

Jinrong Shibao, in: NfA, 11.8.95

Das Volumen der neu aufgenommenen Auslandskredite belief sich 1994 auf 9,23 Mrd. US\$ und stieg damit um 20,1% gegenüber 1993.

Die Schuldenstruktur mit mittel- und langfristigen Verbindlichkeiten in Höhe von 82,39 Mrd. US\$ und kurzfristigen Verbindlichkeiten von 10,42 Mrd. US\$ wird als sehr günstig eingeschätzt. Mit 45,8% entfällt der überwiegende Teil der Auslandsverbindlichkeiten auf chinesische Finanzinstitutionen. Der Anteil der Verbindlichkeiten der Ministerien beläuft sich auf 30,4%, der rein chinesischen Unternehmen auf 10,3% und der Unternehmen mit Auslandskapital auf 13,4%. (NfA, 11.8.95) -schü-

ternehmen und Joint Venture-Unternehmen aus der VR China in den letzten Jahren drastisch erhöht. Ihre Gesamtzahl wird mit 140 angegeben; allein 1994 traten 20 neue chinesische Unternehmen dazu.

Damit liegt Hamburg im Vergleich zu anderen deutschen Städten und sogar im europaweiten Vergleich an erster Stelle bei der Zahl der eingetragenen chinesischen Unternehmen. So verzeichnet Frankfurt beispielsweise nur 66 chinesische Unternehmen, Köln 18, Düsseldorf 19, Bremen 10 und München 5. Mit 16 Joint Venture-Unternehmen liegt Hamburg ebenfalls vorn. (Angaben von Ende Juni 1995.)

Zu den Standortvorteilen Hamburgs zählen nicht nur der Hafen, über den ein Anteil von rd. 63% des gesamten deutsch-chinesischen Außenhandels abgewickelt wird, sowie die günstige Schienenanbindung an andere Regionen in Deutschland und Europa. (Angaben der Wirtschaftsbehörde Hamburg von Ende Juni 1995.) Nach der Wiedervereinigung ist der Standort Hamburg auch durch die Vergrößerung des wirtschaftlichen Einzugsbereichs attraktiver geworden; die stärkere Annäherung der skandinavischen Länder hat hierzu ebenfalls beigetragen.

Nach Informationen der Handelskammer in Hamburg sind rd. 800 Hamburger Unternehmen im China-Geschäft aktiv. Eine Anzahl von rd. 50 Unternehmen hat in China eine Vertretung, Niederlassung, Beteiligung oder eine Lizenzproduktion aufgebaut. Die Beiersdorf AG ist beispielsweise ein Joint Venture mit einem Unternehmen in Shanghai eingegangen (57% der Firma Beiersdorf), um dort Hautcreme herzustellen und zu vertreiben. Auch die Hamburger ETH-Umweltechnik plant, in Shanghai ihre Umwelttechnik einzusetzen. Vorgesehen ist die Entsorgung des Hafenschlammes und sein Recycling zu Ziegelsteinen. Welche Hamburger Unternehmen im einzelnen in welchen Branchen in China engagiert sind, wird aus der Veröffentlichung der Handelskammer vom September 1995 mit dem Titel "Hamburg und China" ersichtlich. -schü-

Binnenwirtschaft

*(22)

Staatsrat fordert Umsetzung der Bankreform

In einem Rundschreiben Anfang August d.J. fordert der Staatsrat die Staatsbanken auf, ihre wirtschaftlichen Bindungen zu den Treuhand- und Investmentgesellschaften hinsichtlich Kontoführungen, Geschäftsabläufen, Personal und Verwaltung zu kappen. Solche intermediären Finanzinstitute sind von der Industrie- und Handelsbank, der Landwirtschaftsbank, der Bank of China und der Aufbaubank gegründet worden.

Die zu 100% von den Banken gegründeten Treuhand- und Investmentgesellschaften sollen in Anteile aufgeteilt werden; bei Mehrheitsbeteiligungen sollen die Banken ihre Anteile zurückziehen. Von Staatsbanken gegründete Wertpapierhäuser müssen ihre Anteile an entsprechende lokale Unternehmen verkaufen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 2.8.95, nach SWB, 4.8.95)

Die Trennung von Bankgeschäften, also Einlagen- und Kreditgeschäften, von den Aktivitäten der intermediären Finanzinstitute, insbesondere in der Wertpapier- und Immobilienspekulation war eine Auflage im neuen Geschäftsbankengesetz, das am 1. Juli 1995 in Kraft trat.

Wie wichtig die Zulassung neuer Banken zur Einführung von Wettbewerbs-elementen im Bankensystem ist, machte Ma Weihua, Direktor der Zentralbankzweigstelle in Hainan, in einer Rede zur Gründung der 15. Geschäftsbank deutlich. Die großen Staatsbanken seien aufgrund ihrer Unbeweglichkeit, hervorgerufen durch schlechtes Management und die Belastung mit notleidenden Krediten der Staatsunternehmen, wenig zur Förderung des Wettbewerbs geeignet.

Die neu gegründete Hainan Development Bank ist eine Geschäftsbank in der rechtlichen Form einer Kapitalgesellschaft mit einem eingetragenen Grundkapital von 1,67 Mrd. Yuan inklusive 50 Mio. US\$ an Devisenbeständen. Gewinn sei das einzige Motiv dieser Bank, bestätigte der Bankdirektor Ren Junyin.

Die Bankleitung selbst bestimme über die Vergabe von Krediten und lasse keine Einmischung lokaler Behörden bzw. "politikorientierte" Kreditvergabe zu.

Ren Junyin wies darauf hin, daß auch die Staatsbanken in Hainan mit den Lasten der vergangenen Jahre kämpfen müßten; Ren nannte einen Anteil von 40% notleidender Kredite in Hainan. (SCMP, 19.8.95)

Einem Bericht des Forschungszentrums beim Staatsrat zufolge haben drei der vier großen Staatsbanken Verluste ausgewiesen. Lediglich die Bank of China schreibe schwarze Zahlen. Die Industrie- und Handelsbank wies in den ersten sechs Monaten d.J. beispielsweise Verluste in Höhe von mehr als 6 Mrd. Yuan auf. Nur die Zweigstellen in Beijing, Shanghai und Guangdong hätten Gewinn gemacht. (AWSJ, 3.8.95) -schü-

*(23)

Notleidende Kredite belasten Bankreform

Einem Bericht des *Economist* vom 9.9.95 zufolge soll der stellvertretende Zentralbankpräsident Chen Yuan das starke Ausmaß der notleidenden Kredite bestätigt haben. Jeder fünfte Kredit, so Chen Yuan, sei überfällig. Ein ehemaliger Zentralbankangestellter nannte sogar einen Anteil von 30% notleidender Kredite, bei denen keine Hoffnung auf Rückzahlung mehr bestände. Theoretisch sei dies eine Summe, die das Kapital der Banken um ein Mehrfaches überschreiten würde.

In dem Interview des Zentralbankpräsidenten Dai Xianglong mit der Hongkonger Zeitung *Wenhui Bao*, auf die sich der *Economist* in seinem Artikel offensichtlich bezieht, unterteilt der Zentralbankpräsident die ausstehenden Kredite in verschiedene Arten. Die schlechten Kredite (*buliang daikuan*) der vier Spezialbanken machten einen Anteil von 20% der Gesamtkredite aus. Die uneinbringlichen Forderungen (*dai zhang*) beliefen sich dagegen nur auf 2-3%, würden sich jedoch mit der Zunahme der Konkurse von Staatsunternehmen zukünftig schnell erhöhen können. Um die schlechten Kredite in den nächsten zwei Jahren auf einen Anteil von 15% zu reduzieren, habe die Zentralbank bereits eine Reihe von Maßnahmen beschlossen.

Hierzu zählt Dai u.a. die Möglichkeit, uneinbringliche Kredite abzuschreiben. Die Banken müßten 0,8% ihrer Kreditsumme als Reservefonds hierfür anlegen. Hierdurch würden 25 Mrd. Yuan im laufenden Jahr in den Fonds fließen. Für die kommenden Jahre sei eine Erhöhung auf 0,9% und 1% geplant. Weiterhin müßten die Banken beim Konkurs aus dem Verkauf des Unternehmen ebenfalls entschädigt werden - nach Abgleichung der Forderungen gegenüber den Angestellten. (*Wen Wei Po*, Hong Kong, in Chinese, 17.7.95, nach SWB, 21.7.95)

Moody's Investors Service hat in Ergänzung der traditionellen Bewertung des Kreditrisikos eine zusätzliche Bewertung der chinesischen Banken im August d.J. durchgeführt, die sich auf die Bewertung der Finanzkraft beschränkt. Das Ergebnis des sogenannten "Bank Financial Strength Rating" fällt weitaus schlechter aus, als die vor einigen Monaten durchgeführte Allgemeinbewertung. Auf einer Bewertungsskala von A bis E erhielt die Bank of China eine Bewertung von D-, während die drei anderen Banken ein Rating von E+ bekamen. Als Begründung für die schlechte Bewertung der Finanzkraft nannte Moody's die starke Belastung mit notleidenden Krediten.

Ebenso wie japanische Banken erhalten die chinesischen Banken dann eine höhere Bewertung, wenn das Länderrisiko allgemein, die Eigentumsstruktur und der Regulierungsrahmen des Staates einbezogen werden.

Gan Peigen, Direktor der Forschungsabteilung bei der Zentralbank, wies die Relevanz der Bewertung durch Moody's zurück. Nach wie vor würde die Regierung zu 100% hinter den Krediten der Banken der Bank stehen. (AWSJ, 31.8.95)

Um die notleidenden Kredite zu decken, mußte die Zentralbank 1994 rd. 7 Mrd. Yuan bereitstellen; für 1995 ist ein Volumen von 14 Mrd. Yuan notwendig. (*The Economist*, 9.9.95) -schü-

*(24)

Lebhafter Interbankenmarkt

Der Umsatz auf dem zentralen Interbankenmarkt Shanghai belief sich nach Angaben der *Shanghai Securities News* auf 179,69 Mrd. Yuan in den ersten sechs Monaten d.J. Im Vergleich zum 1. Halbjahr 1994 stieg das Volumen der

Ausleihungen und Kredite damit um 90% und im Vergleich zum Eröffnungsjahr 1986 um das 20fache. Vom Gesamtvolumen im 1. Halbjahr 1995 entfielen 112,9 Mrd. Yuan auf Ausleihungen außerhalb Shanghais, während aus anderen Regionen 66,7 Mrd. Yuan nach Shanghai flossen.

Der Zinssatz, zu dem auf dem Geldmarkt in Shanghai Geschäfte getätigt werden, blieb unterhalb der von der Zentralbank vorgegebenen Bandbreite (keine genauen Angaben dazu). Der überwiegende Teil der Interbankenkredite hat eine Fristigkeit von einem Monat. (XNA, 1.8.95)

Vor allem in den ersten Monaten d.J. war der Markt sehr lebhaft. Dies war nicht nur eine Folge der höheren Nachfrage auf dem Geldmarkt, bedingt durch das Chinesische Neujahr. Vielmehr hatte die Zentralbank einen Teil der Kredite an die Banken zu günstigen Zinssätzen aufgehoben, und die Nachfrage war auch aufgrund umfangreicher Käufe von landwirtschaftlichen Inputs gestiegen. -schü-

*(25)

Zentralbank setzt restriktive Geldpolitik fort

Um die Kontrolle über die Kreditvergabe der staatlichen Banken zu stärken, hat die Zentralbank ausführliche Bestimmungen vorgelegt, in denen u.a. Kreditarten, Konditionen, Zinssätze, Bedingungen der Kreditrückzahlung, Überwachung der Kreditqualität sowie Strafen und Verbindlichkeiten bei Zuwiderhandlungen aufgeführt sind.

Nach Angaben der *China Securities News* sollen die aus zwölf Kapiteln und 82 Artikeln bestehenden "Allgemeinen Richtlinien" die Umsetzung der Geldpolitik durch die Zentralbank erleichtern. (AWSJ, 23.8.95; NfA, 24.8.95)

Ende Juli kündigte der Zentralbankpräsident Dai Xianglong an, daß die Zentralbank auch in der absehbaren Zukunft eine restriktive Geldpolitik verfolgen werde. Hierzu zählte Dai, daß die Kreditlinien für die Staatsbanken eng im Rahmen der Anfang d.J. beschlossenen Vorgaben gehalten werden.

Dai zufolge sei nach wie vor das zu schnelle Wachstum der Anlageinvestitionen das größte Problem und damit verbunden die zu hohe Inflation, so daß eine restriktive Geldpolitik weiterhin

notwendig bleibe. Für das 2. Halbjahr müßten die Banken ihre Kreditstruktur anpassen und den Umfang ihrer Kredite innerhalb der Vorgaben halten.

Während Kredite für Anlageinvestitionen einer strikten Kontrolle unterliegen müßten, sollten jedoch Betriebsmittelkredite leichter zugänglich sein - allerdings nur für Unternehmen, die erfolgreich wirtschafteten, sowie für den Ankauf von landwirtschaftlichen Produkten. Die Banken warnte Dai jedoch davor, Betriebsmittelkredite in Anlagekredite umzuwandeln. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing in English, 26.7.95, nach SWB, 27.7.95; SCMP, 1.9.95)

Das Ziel in der Geldpolitik für 1995 ist Dai zufolge eine Beschränkung des Geldmengenwachstums (M1) auf unter 23%. Im 1. Halbjahr lag die Zunahme von MO bei 21,1% und von M1 bei 21,2%. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 26.7.95, nach SWB, 28.7.95)

Mit der Ankündigung der Zentralbank im Juni 1995, die Zinssätze für Ausleihungen der Zentralbank an die Geschäftsbanken anzuheben, wird ebenfalls die Umsetzung der restriktiven Geldpolitik unterstützt. Zum 1. Juli 1995 wurden diese Diskontzinssätze für die Banken um durchschnittlich 0,96% und für andere Finanzinstitute um 0,24% erhöht. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 30.6.95, nach SWB, 4.7.95) -schü-

*(26)

Übernahmekonsortien an Emission von Schatzbriefen beteiligt

Anfang August d.J. kündigte das Finanzministerium die Begebung von Schatzbriefen mit einem Volumen von 10 Mrd. Yuan für 1995 an. Es handelt sich hierbei um Anleihen mit einer einjährigen Laufzeit und einem Zinssatz von 11,98%. Das Finanzministerium kündigte die Beteiligung von Übernahmekonsortien an. Anschließend sollen die Schatzbriefe über das buchmäßige Verwaltungssystem für Wertpapiere an den Börsen in Shanghai, Shenzhen und Wuhan sowie Tianjin dem Publikum angeboten werden. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 5.8.95, nach SWB, 10.8.95)

Angaben der *South China Morning Post* vom 16.8.95 zufolge sollen vom Emissionsvolumen rund 3 Mrd. Yuan über

Zeichnungsangebote vergeben werden und die restlichen 7 Mrd. Yuan über das traditionelle Quotensystem.

Von Wertpapieranalysten wird dieser Schritt als Einführung von Wettbewerbselementen in den Markt begrüßt. Außerdem sei die Begebung von Wertpapieren mit einer relativ kurzen Laufzeit ein Zeichen für Versuche mit Offenermarkttransaktionen der Zentralbank.

Auch die Staatliche Entwicklungsbank (SDB) kündigte an, noch in diesem Jahr Anleihen mit einem Volumen von 71 Mrd. Yuan zur Finanzierung staatlicher Schlüsselprojekte des Investbaus zu begeben. Hierbei wird es sich um Anleihen mit einer Laufzeit von drei, fünf und acht Jahren handeln, die Zinssätze zwischen 11,2 bis 11,5% aufweisen werden. Die Ausgabe der Anleihen wird nur an die Finanzinstitute erfolgen und keine Möglichkeit umfassen, die Anleihen zu handeln. Bereits Anfang des Jahres hatte die SDB Anleihen im Werte von rd. 20 Mrd. Yuan aufgelegt. (SCMP, 25.5.95)

Die diesjährigen Emission von Staatsanleihen, die als inflationsgesicherte Schatzanleihen-Zertifikate begeben wurden, konnte nach Angaben der Zentralbank am 2.8.95 abgeschlossen werden. Innerhalb des Zeitraumes 1.3. bis 31.7.95 wurde ein Volumen von 104,19 Mrd. Yuan verkauft. Diese nichthandelbaren dreijährigen Rentenpapiere haben einen Zinssatz von 14% und liegen damit um 1,76% höher als vergleichbare Bankeinlagen. Mit rd. 40,6 Mrd. Yuan hat die Industrie- und Handelsbank ein Volumen von rd. 39% verkauft. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 2.8.95, nach SWB, 9.8.95)

Anfang Juli wurde mit dem Rückkauf von sechs 1995 fälligen staatlichen Rentenpapieren begonnen, die ein Volumen von 80 Mrd. Yuan einschließlich Verzinsung umfassen. (Xinhua News Agency, Beijing in English, 1.7.95, nach SWB, 4.7.95) -schü-

*(27)

Neuer rechtlicher Rahmen für schnelle Entwicklung des Versicherungsgewerbes

Ende Juni wurde das Versicherungsgesetz verabschiedet, das zum 1.10.1995 in Kraft treten wird. (The Insurance Law of the People's Republic of China,

in: Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 1.7.1995, nach SWB, 18.7.95)

Das Gesetz ist sehr umfangreich mit acht Kapiteln und 152 Artikeln ausgestattet und umfaßt Bestimmungen zur Sach- und Personenversicherung, zur Geschäftstätigkeit der Versicherungsgesellschaften und zu ihrer rechtlichen Überwachung. Zwischen Lebensversicherung und anderen Versicherungsdienstleistungen wird durch Zulassung verschiedener Unternehmen getrennt. (Kap.IV, Art.91, Absatz 2: "The same insurer must not concurrently run property and personal insurance business").

In den nächsten Jahren wird mit einer schnellen Entwicklung des Versicherungsgewerbes gerechnet. Ma Mingjia, Direktor der Abteilung für Versicherungen bei der Zentralbank, kündigte die Neuzulassung von rd. 10 neuen Versicherungsgesellschaften in den nächsten Monaten an. Ma Mingjia zufolge ist die Anzahl von derzeit nur 25 Versicherungsgesellschaften verglichen mit anderen Entwicklungsländern sehr niedrig. Der überwiegende Teil dieser Zulassungen würde rein chinesische Unternehmen betreffen. Für ausländische Versicherungsgesellschaften soll nach Angaben der *China Economic News* angeblich die Wartedauer von drei auf zwei Jahren verkürzt worden sein, die zwischen der Eröffnung einer Repräsentanz und der Genehmigung eines Versicherungsunternehmens besteht. (SCMP, 21.8.95)

Ma Mingjia nannte vier Prinzipien, die die zukünftige Entwicklung des Versicherungssektors bestimmen würden:

- Chinesischen Unternehmen wird Priorität bei der Zulassung eingeräumt; ausländische Versicherungsgesellschaften werden nur schrittweise zugelassen.
- Lebensversicherungen wird Vorrang gegenüber der Genehmigung anderer Geschäftsaktivitäten gegeben.
- Das Versicherungsgewerbe erhält Anreize, Kapitalunternehmen zu gründen, die leichter Kapital poolen und das Risikobewußtsein fördern.
- Die chinesische Regierung fördert eine schnelle und solide Entwicklung. (SCMP, 21.8.95)

Das neue Versicherungsgesetz wird nach Einschätzung von Ma Yongwei, Präsident der People's Insurance Co. of China (PICC), zur gesunden Entwicklung der Branche beitragen. Die PICC war bis zur Zulassung der Shanghaier China Pacific Insurance Co. Ende der 80er Jahre das einzige Versicherungsunternehmen in China. Der Marktanteil der PICC betrug trotz des Zutritts von zwei neuen nationalen und 22 regional arbeitenden Versicherungsgesellschaften zunächst noch 94%. (SCMP, 21.8.95) Allerdings soll der Marktanteil 1994 bereits auf 79% gefallen sein. Auf den zukünftig sich verschärfenden Wettbewerb will die PICC mit der Einstellung neuer Versicherungsagenten reagieren, deren Anzahl von derzeit 400 auf rd. 1.000 erhöht werden soll. (SCMP, 17.8.95)

Das Volumen des chinesischen Versicherungsmarktes belief sich 1994 nach ersten Statistiken auf 63 Mrd. Yuan (Versicherungsprämien), ein Anstieg um 16,7% gegenüber 1993. (SCMP, 1.6.95)

Bis Ende Juni d.J. hatten zwar 73 ausländische Versicherungshäuser und -maklerunternehmen aus 23 Ländern Repräsentanzen eingerichtet, warten jedoch noch überwiegend auf ihre Zulassung. Lediglich zwei Versicherungsgesellschaften, der American International Group Inc. (AIG) und der Tokio Marine & Fire Insurance Co. of Japan, sollen Lizenzen für die Niederlassung in Shanghai als Experimentierzone erteilt worden sein. (SCMP, 4.7.95; AWSJ, 13.7.95) Von AIG wird berichtet, daß sie inzwischen die Genehmigung für Versicherungsgeschäfte außerhalb Shanghais erhalten hätte. (AWSJ, 12.7.95) -schü-

*(28)

Auseinanderfallen der Vermögensverhältnisse in den Städten

Das staatliche Statistikamt berichtet von einem zunehmenden Auseinanderfallen der Vermögensverhältnisse der Bevölkerung in den Städten. Haushalte mit dem höchsten Vermögen (Geldeinkommen, Spareinlagen, Wertpapiere) weisen das 93fache des Vermögenswertes auf wie Haushalte der niedrigsten Kategorie. Nach fünf Vermögensgruppen klassifiziert besteht folgende Aufteilung der 92,1 Mio. städtischen Haushalte:

- Am untersten Ende der Skala liegen 5% der Haushalte mit einem Jahreseinkommen von unter 5.000 Yuan und einem Vermögen von 3.000 Yuan.

- 34% der Haushalte haben ein Jahreseinkommen zwischen 5.000 Yuan und 10.000 Yuan und ein Vermögen von 9.000 Yuan und verfügen damit über eine ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln und Kleidung.

- 55% der Haushalte zählen zu der relativ wohlhabenden Gruppe; sie verfügen über ein Jahreseinkommen zwischen 10.000 und 30.000 Yuan und Vermögenswerten von 28.000 Yuan.

- 6% der Haushalte fallen in die Gruppe der reichen Familien; sie haben ein Jahreseinkommen zwischen 30.000 und 100.000 Yuan und ein Vermögen von 87.000 Yuan.

- Am obersten Ende der Skala liegen 1% der Haushalte, die ein Jahreseinkommen von mehr als 100.000 Yuan und ein Vermögen von mehr als 280.000 Yuan aufweisen. (NfA, 9.8.95) -schü-

*(29)

"Privatisierung löst Probleme nicht"

Auf einer Konferenz zur Reform der Wirtschaftsstruktur Ende Juli forderte Li Tieying, Mitglied des Politbüros, Staatsrat und Minister der Staatlichen Kommission zur Reform des Wirtschaftssystems, in einer Rede dazu auf, die Reform der Staatsbetriebe voranzutreiben und Vertrauen in ihren letztendlichen Erfolg zu haben. Die Privatisierung der Staatsbetriebe, so Li Tieying, werde nicht durchgeführt, da hierdurch die Probleme der chinesischen Wirtschaftsentwicklung nicht gelöst würden. Nur durch weitere Reformen sei allerdings die Privatisierung zu verhindern.

Für Li Tieying steht die Trennung zwischen Regierungsverwaltung und Unternehmensmanagement in den Staatsunternehmen im Mittelpunkt der Reformbemühungen. Derzeit laufende Pilotprogramme in verschiedenen Städten müßten weiter vertieft werden. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 27.7.95, nach SWB, 9.8.95)

Feng Bing, Sprecher der Staatlichen Kommission zur Reform des Wirtschaftssystems, wurde in seinen Ausführungen zur Reform der Staatsunternehmen Anfang August d.J. etwas konkreter. Feng Bing zufolge werde bei der Reform das Ziel verfolgt, nur noch eine Handvoll großer Staatsunternehmen der

staatlichen Kontrolle (und Fürsorge) zu unterstellen, während sich die kleineren staatseigenen Unternehmen durch eigene Anstrengungen weiterentwickeln müßten.

Bei der Umstrukturierung der Staatsbetriebe werde laut Feng Bing kein bestimmtes Unternehmensmodell mehr verfolgt. Großunternehmen könnten sich entweder auf die eigene Finanzkraft stützen, Anteilseigner dazugewinnen oder eine Kapitalgesellschaft gründen. Für kleinere Staatsunternehmen beständen zusätzliche Möglichkeiten wie Verpachtung, Leasing und Konkurs.

Nach der Einschätzung von Feng Bing befindet sich die Reform der Staatsunternehmen an einem kritischen Punkt, da die schlechten Wirtschaftsergebnisse der Unternehmen wenig Entscheidungsmöglichkeiten mehr erlaubten. Da sich die Staatsunternehmen auf unterschiedliche Weise entwickelten, müßten auch die Belastungen unterschiedlich getragen werden. Die langfristige Verschuldung der Unternehmen sei nicht kurzfristig zu reduzieren.

Außerdem müßten mehr als 20 Mio. Beschäftigte in den Staatsunternehmen freigesetzt werden, die jedoch nicht sofort eine neue Beschäftigung finden könnten. Weiterhin seien 22% der noch auf der Gehaltsliste der Unternehmen stehenden Arbeitskräfte Pensionäre und damit eine finanzielle Belastung für die Staatsunternehmen sein. Nach wie vor müßten die Staatsbetriebe diese soziale Funktion jedoch derzeit noch weiter übernehmen, und es werde noch längere Zeit dauern, bis diese "traditionellen" Aufgaben aus den Unternehmen herausgelöst werden könnten. (Zhongguo Xinwen She News Agency, Beijing, in English, 8.8.95, nach SWB, 10.8.95)

Feng Bing wies auch darauf hin, daß die Staatsunternehmen nach wie vor nur ein sehr langsames Wachstumstempo, eine niedrige Effizienz und eine hohe Verschuldung aufwiesen. Die staatseigenen Unternehmen umfaßten insgesamt eine Zahl von 2,2 Mio. Die darin enthaltenen 14.400 großen und mittelgroßen Unternehmen stellten einen Anteil von 48,4% des Industrieoutputs im Jahre 1994 und trugen zu 70% zu den Steuern und Gewinnen bei. Während die Wachstumsrate der staatseigenen Unternehmen im letzten Jahr bei 5,6% lag, erreichten die kollektiveigenen Unternehmen ein Wachstum von 21,4% und die Unternehmen mit Auslandskapital eine Wachstumsrate von 28%.

Trotz dieser Statistik argumentiert Feng Bing, daß die Mehrzahl der 14.400 großen und mittelgroßen Unternehmen vital seien, insbesondere die 500 größten Unternehmen. Dagegen würden 34% der kleineren Staatsunternehmen Verluste machen, veraltete Techniken und ein schlechtes Management aufweisen. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 25.7.95, nach SWB, 28.7.95)

Angaben der *East China Information Daily* zufolge weisen die Staatsunternehmen bei einer Relation von Vermögenswerten in Höhe von 4.137 Mrd. Yuan und Schulden von 3.140,9 Mrd. Yuan eine Verschuldungsquote von 75,1% auf. (XNA, 22.7.95)

Wang Zhongyu, Minister der Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel, gab im Juli einen Bericht über die Konkursituation in den Staatsunternehmen. Insgesamt haben dem Bericht zufolge 161 Staatsunternehmen in 18 Städten Konkursanträge gestellt. Davon sind 47 Konkursverfahren abgeschlossen und die freigesetzten 430.000 Arbeitskräfte anderweitig untergebracht worden. Weitere 31 Unternehmen befinden sich z.Zt. in einem Konkursverfahren und 83 weitere werden in Kürze zum Verfahren zugelassen. Wang zufolge haben 472 Staatsunternehmen die geforderten Bedingungen für die Fusionierung mit anderen Unternehmen erfüllt, und weitere 83 Unternehmen haben Fusionierungspläne vorgelegt. (Xinhua News Agency, Beijing, in Chinese, 19.7.95) -schü-

Taiwan

*(30)

Weiter Spannungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße

Vom 15. bis 23. August unternahm die chinesische Volksbefreiungsarmee (VBA) innerhalb eines Monats eine zweite große Militärübung in der Taiwan-Straße. Wie berichtet (C.a. 1995/7, Ü 24), hatte Beijing vom 21. bis 26. Juli bei Testversuchen sechs Mittelstreckenraketen (Boden-Boden) auf ein Zielgebiet 155 km nördlich von Taipei und 65 km nördlich von der zu Taiwan gehörenden Insel Pengjiayu abgefeuert. Es war nach allgemeiner Meinung eine Reaktion auf Li Denghuis (Lee Tenghui) "private" USA-Reise im letzten Juni, die in Taiwan als großer Erfolg beim Durchbruch der internationalen



Quelle: SCMP, 13.8.95

Isolation gefeiert wurde. Beijing, das die Insel Taiwan als eine Provinz der VR China ansieht, versucht mit allen Mitteln, Taiwans diplomatische Kontakte zu anderen Ländern zu verhindern.

Mit dem jüngsten Militärmanöver wollte Beijing offenbar die Nominierung des Präsidentschaftskandidaten der KMT (Kuomintang) auf dem Parteitag am 22./23. August beeinflussen. (Zum KMT-Parteitag und dem Nominierungsergebnis siehe entsprechende Übersicht in diesem Heft.) Diesmal fand das Manöver in der Nähe der Mazu (Matsu)-Inseln statt, die vor der Küste der festlandchinesischen Provinz Fujian liegen, aber unter der Kontrolle Taiwans stehen. Dabei wurden Raketen und Granaten von Kriegsschiffen abgeschossen, mehrere moderne Kampfflugzeuge der chinesischen Luftwaffe sollen nicht nur über Mazu, sondern auch über die von Japan kontrollierten, aber ebenfalls von China und Taiwan beanspruchten Senkaku-Inseln (chin. Name: Diaoyutai) geflogen sein. (LHB, 19. und 25.8.95; ZYRB, 16.-20.8.95)

Neben der andauernden Demonstration militärischer Stärke wurden auch die Attacken der festlandchinesischen Medien gegen Li Denghui fortgesetzt. In einem von der amtlichen Presseagentur Xinhua veröffentlichten Artikel mit dem Titel "Die Person von Li Denghui" macht der Autor ihn für die Spannungen zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße verantwortlich. (XNA, 24.8.95;

DGB, 25.8.95) Presseberichten zufolge ist ein weiteres VBA-Manöver für September geplant. (FAZ, 28.8.95; SCMP und LHB, 25.8.95)

In einem im letzten Jahr in Taiwan erschienenen Politthriller mit dem in Englisch übersetzten Titel *T-Day August 1995* wird vom Autor prophezeit, daß im Schaltmonat August (Doppelmonat) 1995 nach dem traditionellen chinesischen Lunarkalender - also im September und Oktober nach dem westlichen Solarkalender - die VBA Taiwan angreifen werde. Ein chinesischer Aberglaube besagt, daß der zusätzliche Monat eines Schaltjahres entweder eine gute oder eine böse Vorbedeutung habe - meist jedoch letztere. Der Autor des Buches geht bei seiner Prophezeiung davon aus, daß im Hinblick auf die erste direkte Präsidentschaftswahl in Taiwan (März 1996) die Unabhängigkeitsbewegung Taiwans einen Höhepunkt erreichen sollte, was Beijing einen Vorwand für militärische Intervention liefern würde. (Siehe dazu C.a. 1994/10, Ü 26.) Die Aussicht auf den Ausbruch eines militärischen Konflikts zwischen beiden Seiten besteht z.Zt. zwar nicht, aber immerhin agiert Beijing mit militärischen Androhungen gegenüber Taiwan, die wahrscheinlich noch bis zum Ende der Präsidentschaftswahl in Taiwan andauern werden. Eine echte Kriegsgefahr könnte erst dann bestehen, wenn Taiwan tatsächlich seine Unabhängigkeit erklärt oder, mit anderen Worten, die chinesische Vereinigung endlich aufgibt. -ni-